Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/05/2017

über die öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 26.06.2017,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr	
Herr Thomas Bellizzi	bis TOP 18
Frau Doris Brandt	
Herr Claas-Christian Dähnhardt	
Herr Peter Egan	
Herr Uwe Gaumann	ab TOP 4 bis TOP 15
Herr Rafael Haase	
Herr Jörg Hansen	
Frau Anna-Margarete Hengstler	
Herr Dustin Holzmann	
Herr Tobias Koch	
Herr Dirk Langbehn	außer TOP 14
Herr Detlef Levenhagen	außer TOP 14
Frau Monja Löwer	
Herr Hartmut Möller	
Frau Marleen Möller	
Herr Jochen Proske	
Herr Bela Randschau	außer TOP 14 und TOP 16 tlw.
Frau Claudia Rathje	
Herr Achim Reuber	außer TOP 14
Herr Hinrich Schmick	außer TOP 14
Frau Karen Schmick	
Herr Christian Schubbert-von Hobe	
Herr Matthias Stern	
Frau Martina Strunk	
Frau Doris Unger	
Herr Heino Wriggers	bis TOP 14

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Thomas Flemming
Herr Christof Schneider

Behindertenbeirat bis TOP 18
Seniorenbeirat bis TOP 18

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Peter Kania
Herr Horst Kienel
Herr Henning Wachholz
Frau Meike Niemann
Frau Birgit Reuter

außer TOP 14

außer TOP 14
bis TOP 13

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Jürgen Eckert
Herr Christian Schmidt
Herr Michael Stukenberg

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr.04/2017 vom 29.05.2017
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Finanzbericht Nr.10/2017
 - 6.2.2. Vorerst Tempo 30 im Pomonaring
 - 6.2.3. Jugend im Rathaus
 - 6.2.4. Situation der Flüchtlinge
7. Ehrung des ausgeschiedenen Bürgerlichen Mitglieds Frau Schwintzer
8. Hort Am Aalfang **2017/059**
 - Umbau der Küche und Cafeteria und Umsetzung eines Mietcontainers für die Nutzung als Gruppenräume
 - Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln gem. § 95 d GO
9. Grundschule Am Reesenbüttel **2017/053**
 - Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln gemäß § 95 d GO für die Erhöhung der Baukosten für die zurzeit im Bau befindliche Neubaumaßnahme
10. Bebauungsplan Nr. 88 A für das Gebiet südlich des Beimoorweges in einer Breite von 300 m - westlich begrenzt durch den Verlauf des Kornkamp-Süd sowie die am südlichen Ende des Kornkamp-Süd gelegenen Regenrückhalteeinrichtungen und südlich begrenzt durch die Aue **2017/056**
 - Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 88 A
 - Beschluss der Bekanntmachung
11. Energetische Optimierung der Straßenbeleuchtung **2017/065**
 - Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 95 d GO

12.	Stellmoor - Ahrensburger Tunneltal
– Zustimmung zur Ausschreibung des geplanten Umsetzungskonzeptes des Kreises Stormarn	2017/054/1
13.	Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg	2017/062
14.	Anpassung der Bewertungsmatrix im laufenden Auswahlverfahren gemäß § 46 EnWG zur Bestimmung eines Konzessionsvertragspartners Strom	2017/051/1
15.	Antrag der CDU für die STV - Realisierungsabschätzung für die Südtangente	AN/027/2017
16.	Antrag der WAB zur Reduzierung der Kreisumlage 2017	AN/025/2017
17.	Antrag des Behindertenbeirates f. d. STV - Kommunalen Aktionsplan "Ahrensburg wird inklusiv" (AN 021/2017)	
18.	Persönliche Erklärung des Stadtverordneten Koch	

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.05.2017 wurden vom Bürger- und Grundeigentümerversammlung Waldgut Hagen e. V., vertreten von dem Vorstand des Bürgervereins, **Herrn Jürgen Siemers**, verschiedene Fragen gestellt. Die Beantwortung der Fragen ist als **Anlage** beigefügt.

Mit Anwohnern des Pomonaring, die ebenfalls in der letzten Stadtverordnetenversammlung verschiedene Fragen und Anregungen gestellt haben, ist die Verwaltung in Kontakt. Bürgervorsteher Wilde verweist auch auf die Ausführungen des Bürgermeisters unter Bericht des Bürgermeisters TOP 6.2.2 „Vorerst Tempo 30 im Pomonaring“ in dieser Sitzung.

Zu der Anfrage des Herrn Siemers zum TOP 7 „Analyse und Aussprache über die zusammengestellten Wohnbaupotentiale in Ahrensburg, speziell im Süden zur Vorbereitung des F-Plans“ in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 05.07.2017 führt der Bauamtsleiter Herr Kania aus, dass die Analyse sich aufgrund der eingegangenen Eingaben aus dem Süden auch auf den Süden beziehe, jedoch mit Darstellung der Situation der gesamten Stadt Ahrensburg. Die Abwägung findet an einem Termin statt.

Herr Timm, Anlieger der Straße Brauner Hirsch erklärt, dass der durch die Innenstadt zurzeit fließende Verkehr eine starke Umweltbelastung darstelle und plädiert deshalb für eine Südumgehung. Eine Südumgehung würde auch die Lebensqualität in der Innenstadt verbessern, gerade im Hinblick auf geplante Innenverdichtungen.

Bürgermeister Sarach verweist auf den Masterplan Verkehr mit Erhebung der grundlegenden Zahlen und Prognosen für die Zukunft. Darüber hinaus liegen Lärmschutz- und Klimaschutzkonzepte vor, die sukzessive umgesetzt werden.

Herr Peter Schwintzer, wohnhaft in der Dorfstraße beschwert sich über den extrem erhöhten Verkehr in der Dorfstraße und regt die Aufstellung von mobilen Geschwindigkeitsanlagen an. Bürgermeister Sarach führt aus, dass von den mobilen Geschwindigkeitsmessgeräten nur eine begrenzte Anzahl für das gesamte Stadtgebiet zur Verfügung steht. Die Überwachung des fließenden Verkehrs obliegt der Polizei.

Frau Anja Kahl-Steinkamp, wohnhaft Erikaweg bestätigt, dass der Verkehr in der Straße Brauner Hirsch stetig zugenommen hat. Sie appelliert in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, der beantragten Realisierungseinschätzung zuzustimmen mit Verweis darauf, dass die Kinder häufig die vielbefahrene Straße Brauner Hirsch überqueren müssen, um zur Schule, zum Sportverein etc. zu gelangen. Sie befürchtet, dass die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg nicht mehr gewährleistet ist.

Herr Peter Körner, wohnhaft in der Dorfstraße verweist auch auf die erhebliche Zunahme des Verkehrs in der Dorfstraße. Die Pferde seines Pferdepenions-Betriebes anliegend an der Dorfstraße müssen, um zur Weide zu gelangen, über die Dorfstraße geführt werden. Das Gleiche gilt für den anliegenden Pferdereitschulbetrieb. Der Ortsbeirat Ahrensfelde habe damals lediglich dem Anschluss Ahrensfeldes an den verlängerten Ostring zugestimmt unter der Voraussetzung, dass der Ausbau der verlängerten Hagener Allee an die Autobahn erfolgen würde. Die weiteren geplanten 900 Wohneinheiten mit insgesamt ca. 650 Wohneinheiten direkt anliegend an den Straßen Brauner Hirsch bzw. Spechtweg und Ginsterweg habe eine weitere Belastung der Straßen zur Folge. Er fragt, was die Stadt zu tun gedenkt, um die Straßen sicherer und verkehrsberuhigter zu machen.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass aufgrund der Verkehrsverhältnisse die Tempo-30 Geschwindigkeitsbegrenzung in Ahrensfelde ausgewiesen worden war. Aufgrund der Beschwerde eines Einwohners bei der Fachaufsichtsbehörde konnte die Tempo-30-Zone - wie sie heute ist - lediglich im eingeschränkten Maß wegen der Reiterbetriebe beibehalten werden. Die Durchführung weiterer Restriktionen dürfte schwierig sein. Im Rahmen des F-Plans handelt es sich um Potentialflächen für Wohneinheiten. Wie viele Wohneinheiten tatsächlich entstehen, ist nicht abschließend einschätzbar.

Herr Lang, Anwohner Am Hagen bittet um Auskunft, was der Realisierungsantrag der CDU-Fraktion beinhalte, z. B. FFH-Prüfung bzw. Anschluss an die Autobahn. Er spricht sich gegen eine Südumfahrung aus, da es sich um die Verlegung der Verkehre auf andere Straßen handele.

Bürgermeister Sarach verweist auf den Wortlaut des Antrags AN/027/2017, nachdem eine Prüfung in rechtlicher und technischer Hinsicht erfolgen soll und somit eine umfassende Prüfung auch des Naturschutzrechtes.

Herr Thomas Steinkamp, wohnhaft Brauner Hirsch stellt fest, dass die Straße Brauner Hirsch eine zu enge Straße sei, die zu stark befahren wird und regt die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Straße Brauner Hirsch an.

Stadtverordneter Proske erklärt zu der Anfrage des Herrn Steinkamp, dass er die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Straße Brauner Hirsch beantragt habe, die Verkehrsaufsicht jedoch nach Prüfung – entgegen seiner Einschätzung – die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Straße Brauner Hirsch für

rechtlich unzulässig erachte.

Herr Knoll, Anlieger des Finkenweges unterstützt die Südtangente und kommentiert zwei im Markt veröffentlichte Leserbriefe. **Herr Lang, Anwohner Am Hagen**, nimmt kurz Stellung zu den Ausführungen des Herrn Knoll.

Ein weiterer Einwohner spricht sich für eine Beruhigung der Straße Brauner Hirsch aus, jedoch gegen eine Südumfahrung. Eine Südumfahrung hätte die Folge, dass unter anderem ein Großteil des Schwerlastverkehrs in den südlichen Hagen verlegt werden würde. Auch der Quellverkehr würde auf die Südumgehung verlagert werden.

Herr Peter Bollhardt vom Stadtteil Am Hagen weist auf den erheblichen Straßenlärm in der Straße Brauner Hirsch hin. Rückfragen hätten ergeben, dass in der Heckenbepflanzung zwischen dem Kreisel und dem Ortsausgang kein Nistpaar gesichtet worden sei. Er befürwortet eine Realisierungsabschätzung. Der Hagen könne nicht existieren, wenn die Straße Brauner Hirsch in ihrer jetzigen Funktion erhalten bleibe.

Herr Ulf Just, wohnhaft am Hagen befürwortet eine Verkehrsberuhigung der Straße Brauner Hirsch und spricht sich gegen eine Südumfahrung aus. Er nimmt den Schwerlastverkehr, obwohl er dort wohnt, nicht wahr.

Herr Steinkamp plädiert dafür, die Straße Brauner Hirsch durch Blitzgeräte und die Einrichtung einer Tempo-30-Zone unattraktiv zu machen.

Bürgermeister Sarach erläutert, dass die Straße Brauner Hirsch beim Ausbau als innerörtliche Durchgangsstraße eingestuft worden ist und somit eine bestimmte Funktion erfüllt. Bei Restriktionen könne diese Aufgabe nicht mehr wahrgenommen werden.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung der Tagesordnungspunkte 19 „Grundstücksangelegenheit“ (Vorlagen-Nr. 2017/070), 20 „Grundstücksangelegenheit“ (Vorlagen-Nr. 2017/050), 21 „Grundstücksangelegenheit“ (Vorlagen-Nr. 2017/058) und 22 „Grundstücksangelegenheit“ (Vorlagen-Nr. 2017/064) mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gemäß § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

**Abstimmungsergebnis: 26 dafür
 1 Enthaltung**

Stadtverordneter Möller beantragt, den Tagesordnungspunkt 10 „Anpassung des Satzungsrechts zu Sondernutzungen“ Vorlagen Nr. 2017/010/1 von der Tagesordnung abzusetzen zwecks Überarbeitung. Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag des Stadtverordneten Möller mit 23 Ja-Stimmen zu.

Stadtverordneter Koch beantragt die Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 13 „Persönliche Erklärung“, da er in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung aufgrund seiner voraussichtlichen Wahl zum CDU-Fraktionsvorsitzenden auf Landesebene nicht mehr anwesend sei und sein Mandat aufgeben wird. Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit oben genannten Änderungen der mit Einladung vom 15.06.2017 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr.04/2017 vom 29.05.2017

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

Siehe nicht öffentliche **Anlage**.

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Finanzbericht Nr.10/2017

Der Finanzbericht Nr. 10/2017 ist als **Anlage** beigelegt.

6.2.2. Vorerst Tempo 30 im Pomonaring

Aufgrund der noch immer andauernden Hoch- und Straßenbauarbeiten hat die Verkehrsaufsicht Ahrensburg für den Pomonaring zunächst befristet bis zum 30.09.2017 die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h festgesetzt. Eine entsprechende Verkehrsanordnung wurde am 12.06.2017 erlassen. Die Schilder werden in dieser Woche noch aufgestellt.

Die Geschwindigkeitsreduzierung erfolgt ausschließlich aufgrund der bisher noch nicht endgültig abgeschlossenen Erschließung des Neubaugebietes und des damit zusammenhängenden erhöhten Aufkommens an Baustellenverkehr.

Eine Entscheidung über die endgültig zulässige Höchstgeschwindigkeit im Pomonaring (50 km/h oder 30 km/h) erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt nach Abschluss der eingehenden rechtlichen Prüfung.

6.2.3. Jugend im Rathaus

Bürgermeister Sarach dankt der Selbstverwaltung einschließlich der Beiräte und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, die daran mitgewirkt haben, dass das Projekt „Jugend im Rathaus“ wieder im Hause stattfinden konnte. Ca. 350 Schülerinnen/Schüler wurden dieses Jahr wieder im Rahmen dieses Projektes begleitet. Eine Vielzahl von Anregungen aus dem Kreis der Schülerinnen und Schüler sind als Anträge gestellt worden. Diese Anregungen sind als **Anlage** beigefügt. Gemeinsamer Wunsch ist, dieses Projekt auch in den nächsten Jahren wieder realisieren zu können.

6.2.4. Situation der Flüchtlinge

Stadtverordneter Schmick bittet um Auskunft zur Situation der Flüchtlinge in Ahrensburg.

Bürgermeister Sarach berichtet, dass die Zahl der Flüchtlinge, die in Ahrensburg untergebracht worden sind, konstant geblieben ist, jedoch hat sich der Status der Flüchtlinge verändert. Die Zahl der anerkannten Flüchtlinge ist deutlich gestiegen. Vorrangige Aufgabe ist die Integration der Flüchtlinge. Die Verwaltung ist dabei, den Integrationsprozess weiter voranzutreiben und erarbeitet zurzeit ein Konzept.

7. Ehrung des ausgeschiedenen Bürgerlichen Mitglieds Frau Schwintzer

Bürgervorsteher Wilde ehrt im Namen der Stadtverordneten das ausgeschiedene Bürgerliche Mitglied Frau Schwintzer.

Frau Schwintzer war in der Zeit vom 25.02.2013 bis zum 26.04.2017 Bürgerliches Mitglied. Ihr Hauptaugenmerk als Bürgerliches Mitglied galt dem Sozialausschuss. Stellvertretend war sie im Bau- und Planungsausschuss aktiv, aber auch dem Verein Theater und Musik fühlte sie sich verpflichtet.

Bürgervorsteher Wilde dankt ihr für ihr kommunalpolitisches Engagement und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

8. **Hort Am Aalfang**
- **Umbau der Küche und Cafeteria und Umsetzung eines Mietcontainers für die Nutzung als Gruppenräume**
- **Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln gem. § 95 d GO**

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Brandt hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/059 zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9. Grundschule Am Reesenbüttel
- Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln gemäß § 95 d GO für die Erhöhung der Baukosten für die zurzeit im Bau befindliche Neubaumaßnahme

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/053 zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

10. **Bebauungsplan Nr. 88 A für das Gebiet südlich des Beimoorweges in einer Breite von 300 m - westlich begrenzt durch den Verlauf des Kornkamp-Süd sowie die am südlichen Ende des Kornkamp-Süd gelegenen Regenrückhalteeinrichtungen und südlich begrenzt durch die Aue**
- Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 88 A
- Beschluss der Bekanntmachung

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Haase von der SPD-Fraktion erklärt, dass wesentliches Ziel des Bebauungsplanverfahrens die Umsiedlung von familia mit der Ausnahme des Einzelhandels aus dem Gewerbegebiet sei. Die Verlagerung von familia sei auch erforderlich, um ein Korridor für die Nordtangente zu erhalten. Damit sei es zwingend notwendig, dass die Stadt Ahrensburg das Vorkaufsrecht für das familia-Grundstück zu einem marktüblichen Preis erhalte. Er stellt deshalb nachfolgenden Antrag: „Die Zustimmung zum B-Plan Nr. 88 gemäß Vorlage Nr. 2017/056 gilt nur dann, wenn der Stadt Ahrensburg das Vorkaufsrecht seitens familia für das Altgrundstück zu einem marktüblichen Preis eingeräumt wird.“

Bürgermeister Sarach erklärt, dass es keine Rechtsgrundlage zur Einräumung eines Vorkaufsrechtes gibt. Die Stadt wird stattdessen entsprechende Verhandlungen mit dem Grundeigentümer durchführen.

Stadtverordneter Koch von der CDU-Fraktion fügt hinzu, dass es sich lediglich um einen Aufstellungsbeschluss handle. Anliegen des Bebauungsplans sei der Ausschluss innerstädtischen Handelns. Der von Stadtverordneten Haase gestellte Antrag sei rechtswidrig, da es die Aufforderung sei, ein B-Planverfahren mit einem privat-rechtlichen Vertrag zu verquicken. Eine andere Frage sei, wovon die Selbstverwaltung die Zustimmung zum B-Plan abhängig mache. Es bestehe kein Interesse daran, ein Grundstück mit einem Gebäude zu erwerben. Die Lösung für die Nordtangente sei noch nicht endgültig gefunden. Die CDU-Fraktion wird den Antrag deshalb ablehnen.

Anschließend wird wie folgt über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/056 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	Gesetzliche Vertreter: 31
	Anwesend: 28
	25 dafür
	2 dagegen
	1 Enthaltung

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

Anschließend wird über den Antrag des Stadtverordneten Haase, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Die Zustimmung zum B-Plan Nr. 88 gemäß Vorlage Nr. 2017/056 gilt nur dann, wenn der Stadt Ahrensburg das Vorkaufsrecht seitens familia für das Altgrundstück zu marktüblichen Preisen eingeräumt wird.“

Abstimmungsergebnis: **21 dagegen**
 6 dafür
 1 Enthaltung

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtverordneten von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**11. Energetische Optimierung der Straßenbeleuchtung
- Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 95 d GO**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/065 zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**12. Stellmoor - Ahrensburger Tunneltal
– Zustimmung zur Ausschreibung des geplanten Umsetzungskonzeptes
des Kreises Stormarn**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag. Er weist darauf hin, dass die Informationsschilder im Stellmoor - Ahrensburger Tunneltal aus dem Stand der 70-iger Jahre seien.

Stadtverordnete und Vorsitzende des Umweltausschusses Frau Möller führt aus, dass der Umweltausschuss die Vereinbarkeit der Förderung des Tourismus mit zusätzlichen Besuchern und den Erhalt der Natur angezweifelt hat. Gegen eine digitale Kennzeichnung bestehen keine Bedenken, jedoch bei Einrichtung von digitalen Erlebnisräumen.

Stadtverordneter Schmick erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass diese dem Beschlussvorschlag zustimmen wird. Zurzeit ist im Stellmoor - Ahrensburger Tunneltal nicht erkennbar, wo Ausgrabungen stattgefunden haben, sodass eine Anleitung für Touristen positiv zu beurteilen sei. Er begrüßt die Einbindung der Verwaltung und der Selbstverwaltung.

Stadtverordnete Rathje stellt im Namen der CDU-Fraktion nachfolgenden Änderungsantrag: „Die Stadt Ahrensburg begrüßt als Grundeigentümer die Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes durch den Kreis Stormarn, mit dem die vielfältige Bedeutung des Stellmoor - Ahrensburger Tunneltals mittels QR-Codes und neuen Schautafeln an den bereits vorhandenen Wegen den Besuchern vermittelt werden soll unter der Voraussetzung, dass die Stadt, Verwaltung und Selbstverwaltung inhaltlich in einer Lenkungsgruppe beteiligt ist.“ Sie verweist auf den Erhalt des Stellmoor - Ahrensburger Tunneltals als Naturschutz- und FFH-Gebiet. Mit dem Antrag ist eingegrenzt, dass lediglich die vorhandenen Wege benötigt werden und es spiegelt wider, dass nur kleinere Veränderungen mittels QR-Codes und neuen Schautafeln gewünscht werden.

Stadtverordneter Randschau befürchtet im Namen der SPD-Fraktion, dass der Antrag eine zu hohe Einschränkung - insbesondere im Hinblick auf die weit vorangeschrittene Technik - bedeuten würde. Die Begrenzung auf „Schautafeln und QR-Codes“ sei zu eng gefasst. Er plädiert dafür, dem Beschluss des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses zu folgen, zumal die Verwaltung und Selbstverwaltung sich inhaltlich in einer Lenkungsgruppe beteiligen können und somit aktiv mitbestimmen können.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe stellt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Änderungsantrag: „Die Stadt Ahrensburg begrüßt als Grundeigentümer die Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes durch den Kreis Stormarn, mit dem die vielfältige Bedeutung des Stellmoor - Ahrensburger Tunneltals mittels Möglichkeiten der Digitalisierung durch das Internet und neuen Schautafeln an den bereits vorhandenen Wegen den Besuchern vermittelt werden soll unter der Voraussetzung, dass die Stadt, Verwaltung und Selbstverwaltung inhaltlich in einer Lenkungsgruppe beteiligt ist.“ Bauliche Maßnahmen wären somit ausgeschlossen. Es sollte keine Einschränkung auf QR-Codes, sondern eine breitmöglichste Untersuchung einer Digitalisierung erfolgen.

Stadtverordneter Egan erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass es grundsätzlich darum gehe, dass der Kreis zunächst ein Konzept entwickle.

Dem Antrag des Stadtverordneten Hansen auf zweiminütige Unterbrechung wird stattgegeben.

Anschließend zieht Stadtverordnete Rathje ihren Antrag zurück. Es wird über den wie vor aufgeführten Änderungsantrag des Stadtverordneten Schubbert-von Hobe abgestimmt:

„Die Stadt Ahrensburg begrüßt als Grundeigentümer die Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes durch den Kreis Stormarn, mit dem die vielfältige Bedeutung des Stellmoor - Ahrensburger Tunneltals mittels Möglichkeiten der Digitalisierung durch das Internet und neuen Schautafeln an den bereits vorhandenen Wegen den Besuchern vermittelt werden soll unter der Voraussetzung, dass die Stadt, Verwaltung und Selbstverwaltung inhaltlich in einer Lenkungsgruppe beteiligt ist.“

Dem Antrag wird wie folgt zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 26 dafür
2 Enthaltungen

Anschließend wird über den wie folgt geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt:

- „1. Die Stadt Ahrensburg begrüßt als Grundeigentümer die Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes durch den Kreis Stormarn, mit dem die vielfältige Bedeutung des Stellmoor - Ahrensburger Tunneltals mittels Möglichkeiten der Digitalisierung durch das Internet und neuen Schautafeln an den bereits vorhandenen Wegen den Besuchern vermittelt werden soll unter der Voraussetzung, dass die Stadt, Verwaltung und Selbstverwaltung inhaltlich in einer Lenkungsgruppe beteiligt ist.

13. Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg

Stadtverordneter und Vorsitzender des Werkausschusses Herr Stern hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

14. Anpassung der Bewertungsmatrix im laufenden Auswahlverfahren gemäß § 46 EnWG zur Bestimmung eines Konzessionsvertragspartners Strom

Zur Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes verlassen die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke Ahrensburg GmbH Herr Langbehn, Herr Levenhagen, Herr Randschau, Herr Reuber, Herr Schmick, Bürgermeister Sarach sowie der Geschäftsführer der Stadtwerke Ahrensburg GmbH Herr Kienel den Sitzungsraum, da ein „böser Schein“ eines Interessenkonfliktes und der Voreingenommenheit vermieden werden soll.

Eine Befangenheit nach § 22 Abs. 2 Ziffer 3 letzter Halbsatz der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein liegt nicht vor.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/051/1 zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

15. Antrag der CDU für die STV - Realisierungsabschätzung für die Südtangente

Stadtverordnete Behr stellt im Namen der CDU-Fraktion nachfolgenden Antrag (AN 027/2017): „Für die Ermittlung der Trassenführung einer Südtangente Ahrensburgs zwischen der Hamburger Straße (L 82) Einmündung Eulenkrogstraße und dem verlängerten Ostring (L 224) und/oder der Einmündung in die BAB A1 wird eine Realisierungsabschätzung in Auftrag gegeben. Die dafür ermittelten Ingenieurkosten in Höhe von ca. 60.000 € werden außerplanmäßig bereitgestellt. Inhalt einer solchen Voruntersuchung ist das Abprüfen der örtlichen Gegebenheiten in rechtlicher und technischer Hinsicht. Dazu gehören ökologische, archäologische, geologische und topografische Randbedingungen. Zu ermitteln sind aktuelle Verkehrsbelastungen, Flächenverfügbarkeit unter Beachtung von Eigentums- und Nutzungsverhältnissen sowie die zu erwartenden Investitionskosten. Eine Vermessung des Planungskorridors ist in dieser Planungsphase noch nicht erforderlich.“

Sie führt aus, dass seit vielen Jahren über die Südtangente diskutiert werde, ohne dass es eine für alle Seiten befriedigende Lösung gegeben habe. Die Bürgerinnen und Bürger würden mit der Ungewissheit leben, ob eine Südtangente gebaut, ob sie politisch gewollt und technisch möglich ist oder nicht. Eine solche Realisierungsabschätzung könnte auch von den Gegnern einer Südumgehung befürwortet werden, damit ein Rechtsfrieden hergestellt werden könne. Als Deckungsvorschlag werden Minderausgaben bei dem PSK 12600.0900001 „Sicherstellung der Löschwasserversorgung B-Plangebiet 90“ vorgeschlagen. Sie verlangt im Namen der CDU-Fraktion namentliche Abstimmung.

Stadtverordneter Proske erklärt, dass er die Befürchtung der Anlieger nachvollziehen könne. Die SPD-Fraktion wird dem Antrag jedoch nicht zustimmen. Nach einer bereits im Oktober 2015 von ihm gestellten Nachfrage habe das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein ausgeführt, dass die Machbarkeit einer Südtangente südlich der Siedlung Am Hagen eine naturschutzrechtliche Prüfung über die Verträglichkeit mit dem Nutzzweck der Gebiete auf Basis des Bundesnaturschutzgesetzes sowie des Landesnaturschutzgesetzes erfordere. Komme die Prüfung der Verträglichkeit zu dem Ergebnis, dass der Eingriff zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebietes führe, sei der Eingriff unzulässig. Ausnahme sei, wenn ein Projekt aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses Voraussetzung sei. Vorab müssten jedoch Alternativen für einen Eingriff in dieses höchste Schutzgut geprüft werden. Er verweist auch auf den wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags mit einer Schutzabwägung von Verkehrsobjekten am Beispiel des NATURA 2000. Er schlägt deshalb vor, Alternativen zu prüfen, wie z. B. bauliche Änderung der Straßen mit dem Ziel, die Durchfahrtsgeschwindigkeit zu reduzieren, „Ausreizen“ der Straßenverkehrsordnung, sodass die Straße Brauner Hirsch nicht mehr so häufig z. B. vom Schwerlastverkehr benutzt werde. Er regt an, über den Antrag nicht abzustimmen.

16. Antrag der WAB zur Reduzierung der Kreisumlage 2017

Stadtverordneter Egan stellt im Namen der WAB-Fraktion nachfolgenden Antrag (AN/025/2017): „Die Stadtverordnetenversammlung möge den Bürgermeister beauftragen, mit dem Kreis Stormarn über eine Reduzierung der Kreisumlage 2017 zu verhandeln. Ziel ist es, einen Anteil der über den Etat 2017 hinausgehenden Überschüsse des Kreises noch in 2017 an Ahrensburg zu erstatten.“ Stadtverordneter Egan führt aus, dass Ahrensburg im Haushaltsjahr 2017 eine Kreisumlage von 13 Mio. € an den Kreis Stormarn zahlt. Gleichzeitig würde der Überschuss des Kreises im Haushaltsjahr 2017 von geplant 1,7 Mio. € auf 9,8 Mio. € steigen. Angesichts der erheblichen finanziellen Herausforderungen beim Ausbau der Kinderbetreuung und der Sanierung der Ahrensburger Schulen sei es angemessen, dass Ahrensburg einen proportionalen Anteil dieser überplanmäßigen Überschüsse noch in 2017 erstattet bekäme.

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion erklärt, dass es keine Rechtsgrundlage auf Erstattung der Kreisumlage gebe. Stattdessen sollten die Stadtverordneten, die auch Kreistagsmitglieder sind, darauf hinwirken, dass die Kreisumlage 2018 entsprechend dem Guthaben reduziert werde.

Stadtverordneter und Kreistagsmitglied Hansen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen berichtet, dass die Überschüsse des Kreises in dem 1. Quartal auf einmalige erhöhte Einnahmen durch die Sozialgesetzgebung beruhen und keinen Rückschluss geben auf die Haushaltsituation des Kreises des gesamten laufenden Jahres auch unter Berücksichtigung noch anstehender Ausgaben des Kreises im Rahmen der Sozialgesetzänderung, deren Höhe noch nicht bekannt sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird deshalb dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtverordneter Reuber erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass es sich bei der beantragten Forderung um eine rechtliche Unmöglichkeit handele und deshalb die SPD-Fraktion nicht zustimmen werde.

Stadtverordneter und Kreistagsabgeordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion berichtet über das beim Kreis Stormarn praktizierte „Stormarner Modell“. Bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt des Kreises würde die Hälfte des Defizits vom Kreis selber getragen und das Defizit nicht in vollem Umfang von den Umlandgemeinden übernommen werden. Bei Überschüssen erfolge eine entsprechende Erstattung an die Umlandgemeinden.

Nach einem weiteren Wortbeitrag durch Stadtverordneten Egan stellt Stadtverordnete Unger einen Antrag auf Schluss der Beratung. Dem Antrag wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Anschließend wird über den oben genannten Antrag des Stadtverordneten Egan (AN025/2017) wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **4 dafür**
 19 dagegen
 2 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

17. Antrag des Behindertenbeirates f. d. STV - Kommunalen Aktionsplan "Ahrensburg wird inklusiv" (AN 021/2017)

Bürgermeister Wilde trägt den Antrag des Behindertenbeirates AN/021/2017 vor.

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Brandt weist auf die einstimmige Empfehlung des Sozialausschusses zu dem Antrag AN/021/2017 hin.

Nach Wortbeiträgen durch Stadtverordnete Reuber, Brandt und Bürgermeister Sarach stimmt die Stadtverordnetenversammlung dem nachfolgenden Antrag des Behindertenbeirates AN/021/2017 einstimmig zu:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2018 einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention zu erarbeiten. Analog zum Landesaktionsplan sollte der Plan einen Maßnahmenkatalog mit folgenden Handlungsfeldern beinhalten:

1. Bewusstseinsbildung
2. Bildung
3. Arbeit und Beschäftigung
4. Unabhängige Lebensführung, Bauen und Wohnen
5. Kultur, Sport und Freizeit
6. Gesundheit und Pflege
7. Schutz der Persönlichkeitsrechte
8. Partizipation und Interessenvertretung
9. Mobilität und Barrierefreiheit
10. Barrierefreie Kommunikation und Information“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

18. Persönliche Erklärung des Stadtverordneten Koch

Stadtverordneter Koch erklärt, dass er am 17.07.2017 zum nächsten Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung verhindert ist.

Da er voraussichtlich als Fraktionsvorsitzender der CDU-Landesfraktion gewählt wird, wird er sein Mandat nach 20 Jahren in der Ahrensburger Stadtverordnetenversammlung aufgeben. Er hat 20 Jahre lang in Ahrensburg und fünf Jahre lang in Lütjensee Kommunalpolitik gemacht, was seine große Leidenschaft ist.

Die Kommunalpolitik in Ahrensburg hat er mit großer Freude gemacht. Er bedankt sich bei allen für die sehr gute Zusammenarbeit.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin